

POLITISCHE PARTIZIPATION VON MUSLIMISCH GELESENEN MENSCHEN ~~?!!~~

EINE HANDREICHUNG FÜR PARTEIEN

ERARBEITET VON DER WORKING GROUP
„POLITISCHE PARTIZIPATION VON MUSLIMISCH
GELESENEN MENSCHEN“

*Muslimisch
gelesene
Vielfalt
im Gespräch*

**„ES WÜRDEN JA
SCHON REICHEN,
WENN DIE
PARTEIEN IHRE
GRUNDSATZ-
PROGRAMME
ERNST NEHMEN
WÜRDEN!“**

ES IST UND BLEIBT UNSERE AUFGABE, DIE BREITE UND VIELFALT DER GESELLSCHAFT IN UNSERER PARTEI ABZUBILDEN.

KULTURELLE VIELFALT ABER IST HEUTE EIN MERKMAL ERFOLGREICHER GESELLSCHAFTEN.

FÜR DIE ÜBERWINDUNG JEDLICHER FORM DER DISKRIMINIERUNG.

UNSERE MITGLIEDER UND UNSERE WÄHLER:INNEN SIND VIELFÄLTIG, UNSERE BASISDEMOKRATISCHE PARTEI ÖFFNET ZUGÄNGE, LERNT DAZU UND BAUT IMMER MEHR BARRIEREN AB.

WIR BEJAHEN UND SCHÄTZEN DEN WERT UNSERER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT.

WORKING GROUP „POLITISCHE PARTIZIPATION FÜR MUSLIMISCH GELESENE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND“

Die hier vorliegende Handreichung ist als Ergebnis eines etwa einjährigen Diskursprozesses der Working Group „Politische Partizipation von muslimisch gelesenen Menschen“ des Modellprojektes „Muslimisch gelesene Vielfalt im Gespräch“ entstanden.

Sie wurde von jungen, muslimisch gelesenen Menschen erarbeitet, die sich (partei)politisch engagieren und als Betroffenengruppe über vielfältige Perspektiven auf die Möglichkeiten aktiver

politischer Partizipation von Muslim:innen verfügen. Angelegt war die Working Group als ein Safer Space, in dem persönliche Erlebnisse sowie selbst erprobte Teilhabebarrrieren im eigenen politischen Engagement besprochen und geteilt werden konnten. Um den Erfahrungshorizont zu erweitern und die Ebene der Bundespolitik in den Blick zu bekommen, wurden zudem interne und zum Teil sehr persönliche Hintergrundgespräche mit muslimisch gelesenen (Spitzen-)Politiker:innen geführt.

„MUSLIMISCH GELESEN“

Das Projekt zielt darauf ab, die Vielfältigkeit der Menschen sichtbar zu machen, die im öffentlichen Diskurs pauschal als „die Muslime“ bezeichnet werden.

Im öffentlichen Diskurs wird vielfach ein stereotypes Bild von Muslim:innen reproduziert, das die Eigenschaften *fremd*, *integrationsunwillig* und *gewaltaffin* in sich vereint. Diese negativen Attribute werden aber auch Bevölkerungsgruppen gegenüber angewendet, die sich selbst nicht als Muslim:innen identifizieren. Von diesen Zuschreibungen sind beispielsweise viele alevitische, jesidische aber auch christliche oder atheistische Menschen betroffen, denen ein sogenannter „Migrationshintergrund“ aus

einem islamisch geprägten Land zugeschrieben wird.

Der Begriff „muslimisch gelesen“ macht deutlich, dass die Handreichung nicht auf religiöse oder ethno-nationale Zugehörigkeiten abheben möchte. Vielmehr geht es um die Wahrnehmung und Problematisierung von Diskriminierungsformen sowie um die Darstellung von Erfahrungen aufgrund von externen Zuschreibungen. Doch so wenig wie diese Erfahrungen von der sog. Mehrheitsgesellschaft auch wahrgenommen werden, so lähmend, anstrengend oder ausgrenzend werden sie doch von vielen Betroffenen empfunden.

PRÄAMBEL

Wer wir sind? Zunächst einmal: wir sind viele! Zumindest deutlich mehr als es die Zusammensetzung unserer Parlamente und Parteien vermuten ließe (dazu aber später mehr).

Wir sind demokratisch! Wir stehen fest auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Im Sinne der „Charta der Vielfalt“ stehen wir für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen ein – und zwar unabhängig des Geschlechts und der geschlechtlichen Identität, von Nationalität und ethnischer bzw. sozialer Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, von Behinderung, des Alters und von sexueller Orientierung.

Wir sind vielfältig! Ganz konkret sind wir ein Zusammenschluss von politisch interessierten und/oder sozial engagierten Menschen verschiedenster Hintergründe, die von der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland als muslimisch gelesen werden. Dabei haben wir ganz unterschiedliche politische Positionierungen und Sozialisationen. In unserer Working Group engagieren sich junge Menschen aus der Breite des demokratischen Spektrums. Viele von uns sind selbst in Parteien aktiv oder waren es. So unterschiedlich wir auch sind – und unabhängig davon ob wir uns als religiös begreifen: Die Skepsis und die Vorannahmen, die uns aufgrund unserer als muslimisch gelesenen Identitäten begegnen, sind parteiübergreifend die gleichen.

Wir sind engagiert! Als Working Group setzen wir uns für inklusivere Strukturen innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein. Und genau darum soll es in dieser Handreichung gehen: Die Teilhabechancen und -hürden von sich als muslimisch verstehenden und von muslimisch gelesenen Menschen müssen in der deutschen Politik mitgedacht werden, um den Zugang in Parteien und politische Strukturen zu verbessern. Im Sinne der Demokratiestärkung soll dadurch das Repräsentationsdefizit von muslimisch markierten Menschen ausgebessert werden. Wir hoffen durch unser Engagement mit den dominanten Bildern von „dem“ Islam und „den“ Muslimen zu brechen – und im besten Fall müssen wir bald schon nicht mehr bereits im zweiten Satz klarstellen, wie demokratisch wir doch sind.

- 1 PROBLEMATIK DER FEHLENDEN REPRÄSENTATION** SEITE 7
- 2 VIELFALT ALS CHANCE FÜR PARTEIEN** SEITE 13
- 3 INNERPARTEILICHE STRUKTUREN UND ERFAHRUNGEN VON MUSLIMISCH GELESENEN POLITIKER:INNEN** SEITE 19
- 4 FORDERUNGEN** SEITE 23



**PROBLEMATIK
DER
FEHLENDEN
REPRÄSENTATION**

„Demokratie ist die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“, so beschreibt es der ehemalige US-amerikanische Präsident Abraham Lincoln.

Der Anspruch unserer repräsentativen Demokratie ist es, die Interessen und die Vielfalt des Volkes durch politische Vertreter:innen zu repräsentieren. Gerade der Umgang mit Minderheiten und marginalisierten Gruppen zeigt, wie es um die Realisierung demokratischer Standards steht. Obschon Muslim:innen seit vielen Generationen in Deutschland ihre Heimat gefunden haben, werden sie als Minderheit der BRD noch immer nicht angemessen repräsentiert. Einer Studie des BAMF zufolge leben zwischen 5,3 und 5,6 Millionen Muslim:innen in Deutschland, was 6,3 bis 6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.¹ Betrachtet man die Anzahl deutscher Muslim:innen im Bundestag ist eine klare Unterrepräsentation zu verzeichnen: Von insgesamt 736 Abgeordneten des 20. Bundestages geben lediglich acht Personen an (bzw. 1,1%) muslimisch zu sein.²

Man könnte einwenden, dass es sich dabei um einen allgemeinen Trend der Säkularisierung handelt und dies daher ein Ergebnis gesellschaftlichen Wandels sei. Jedoch ist diese Annahme aus mindestens zwei Gründen fehlgeleitet:

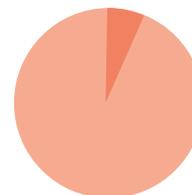
1. Die Zahl der Muslim:innen in Deutschland wächst seit Jahren stetig, gleichwohl werden sie seit jeher unterrepräsentiert.³
2. Vergleicht man den Befund mit christlichen Mandatsträger:innen, so zeigt sich, dass trotz wachsender Kirchengaustritte Christ:innen mit einem stabilen Anteil im Parlament vertreten werden.

Wie eingangs erwähnt, ist das Selbstverständnis einer repräsentativen Demokratie, die Vielfalt und Interessen aller Gesellschaftsmitglieder in der Politik zu vertreten. **Bei einer derart fehlenden Repräsentation – wie im Falle von Muslim:innen in Deutschland – muss man schon von einem Demokratiedefizit sprechen.**

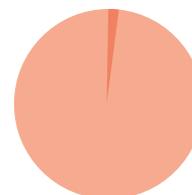
- 1 BAMF-Forschungszentrum: Neue Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“ zeigt mehr Vielfalt. (2021, 28. April). (Pressemeldung). <https://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/20210428-studie-mlg-2020.html?nn=282772>
- 2 Juden und Muslime im Parlament unterrepräsentiert. (2021, 4. Oktober). PRO | Das christliche Medienmagazin. <https://www.pro-medienmagazin.de/juden-und-muslime-im-parlament-unterrepraesentiert/>
- 3 Vgl.: Entwicklung der Anzahl der Muslime in Deutschland von 1945 bis 2020. (2022, 24. Januar). Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72321/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-muslime-in-deutschland-seit-1945/>

MISSVERHÄLTNIS ZWISCHEN MUSLIMISCHEN MENSCHEN UND MUSLIMISCHEN MITGLIEDERN DES BUNDESTAGS:

GESELLSCHAFTLICHER ANTEIL VS ANTEIL IM BUNDESTAG



Es leben circa 5,3 bis 5,6 mio. Muslime in der Bundesrepublik; das entspricht einem prozentualen Anteil von 6,4% bis 6,7%.



Der Anteil der in der aktuellen Wahlperiode gewählten muslimischen Abgeordneten liegt bei 1,1%.

MUSLIMISCH, MUSLIMISCH GELESEN ODER MIT „MIGRATIONS Hintergrund“ – DAS REPRÄSENTATIONSDEFIZIT BLEIBT!

Wie bekannt sein dürfte, sind nicht alle Menschen aus einem islamisch geprägten Land automatisch muslimisch. Insofern sind die Verweise auf den Anteil von Mitgliedern des Bundestages mit Migrationshintergrund aus mehrheitlich muslimischen Ländern nicht zielführend in Bezug auf die spezifische Frage-

stellung nach der Repräsentation von muslimischen Menschen in Deutschland.⁴

Dennoch ist festzustellen, dass die 38 Abgeordneten mit Vorfahren aus mehrheitlich muslimischen Ländern nur 5,3% des 20. Bundestages ausmachen und

damit auch die Bevölkerungsgruppe der muslimisch gelesenen Menschen nicht adäquat repräsentiert wird.

Vergegenwärtigt man sich die Anzahl der Abgeordneten mit einem sog. Migrationshintergrund, so zeigen sich ähnliche Repräsentationsdefizite. Gemäß einer Studie des vergangenen Jahres haben 83 Parlamentarier:innen einen Migrationshintergrund, was einem Anteil von 11,3 % entspricht. Die Anzahl der Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland ist mit 26 % weitaus höher.⁵ Demzufolge muss festgehalten werden, dass weder muslimische oder muslimisch gelesene Menschen noch Menschen mit Migrationsgeschichte politisch adäquat repräsentiert werden.

Zeitweise wird der Vorwurf erhoben, dass ebenjene Bevölkerungsgruppen weniger politisch interessiert bis hin zu politikverdrossen seien. Kurioserweise ergeben Studien ein ganz anderes Bild: So zeigt etwa eine Studie von 2017, dass Menschen, die einen Migrationshintergrund haben und in der zweiten Generation in Deutschland leben eine stärkere Parteipräferenz haben und sich stärker auch an anderen politischen Dingen wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen beteiligen als das bei Menschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist.⁶

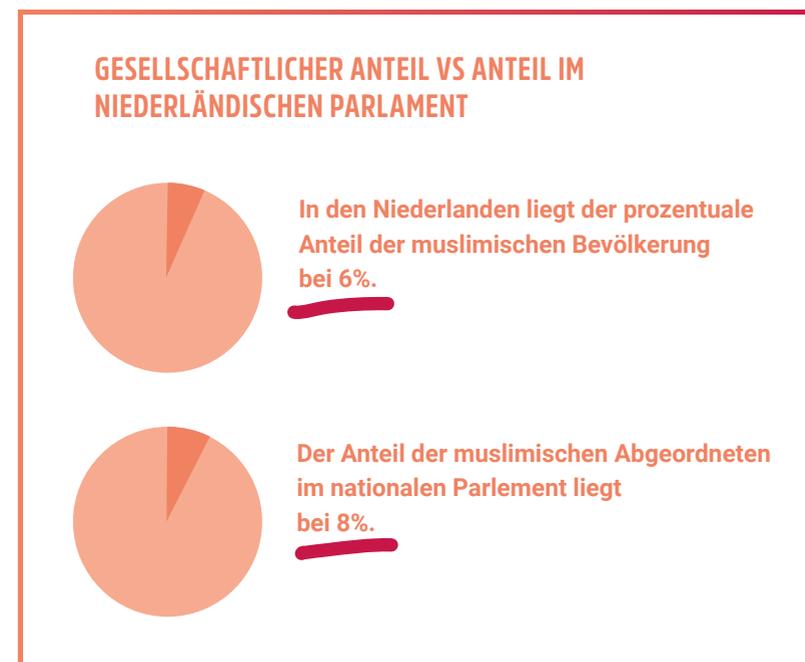
POLITISCHE REPRÄSENTATION = DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT

In Bezug auf die Frage nach einer angemessenen demokratischen Repräsentation gehört es auch, den Umstand zu erwähnen, dass sog. Drittstaatsangehörigen noch immer kein Wahlrecht in Deutschland besitzen – selbst wenn sie seit Jahrzehnten hier leben, ihre Steuern zahlen, sich für die Gesellschaft engagieren und sich immer rechtstreu verhalten haben. Angesichts positiver europäischer Beispiele drängt sich die Frage auf, mit welchen Herausforderungen und Schwierigkeiten Muslim:innen und muslimisch gelesene Menschen in Deutschland konfrontiert sind, wenn sie sich politisch engagieren möchten. Schließlich bleibt im Lichte der Anführungen nur folgender Analogieschluss: Es herrschen strukturelle Hindernisse für muslimisch gelesene Menschen mit politischen Ambitionen in Deutschland.

Es bleibt festzuhalten, dass eine adäquate Repräsentanz von Muslim:innen und muslimisch gelesenen Menschen nur von Vorteil für unsere Demokratie ist. Dadurch würden wir nicht nur die Vielfalt unserer pluralen Gesellschaft angemessen abbilden, sondern könnten überdies eine höhere integrative Wirkung erreichen. Gäbe es mehr muslimische und muslimisch gelesene Menschen auf den jeweiligen politischen Ebenen, so hätten junge Muslim:innen

Vorbilder, zu denen sie aufschauen und sich eingebunden fühlen könnten. Der Status quo zeigt bedauerlicher Weise jedoch, dass Muslim:innen sich von ausgrenzenden Strukturen und diskriminierenden Erfahrungen innerhalb der Parteien zunehmend demotivieren lassen und den Schritt einer politischen Karriere erst gar nicht wagen.

ES GEHT AUCH ANDERS: IN DEN NIEDERLANDEN SIEHT ES IN BEZUG AUF DIE REPRÄSENTATION VON MUSLIMISCH GELESENEN MENSCHEN IM PARLAMENT DEUTLICH BETTER AUS.



Quelle: Sener Aktürk: Muslime in europäischen Parlamenten unterrepräsentiert. 23. Juni 2021

- 4 Exemplarisch dafür, dass viele muslimisch gelesene Menschen gar nicht Muslime sind, ist das Beispiel von Personen mit irakischem und iranischem Migrationshintergrund. Befragungen haben ergeben, dass lediglich 37% bzw. 29% dieser Menschen sich als Muslime bezeichnen.
- 5 Artikel | MDI. (29. September 2021). Mediendienst Integration. <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-abgeordnete-mit-migrationshintergrund-1.html>
- 6 Bundestagswahl – Geringe Wahlbeteiligung von Muslimen als Demokratiedefizit. (o. D.). Deutschlandfunk. (Abgerufen am 6. November 2022). <https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-geringe-wahlbeteiligung-von-muslimen-als-100.html>

2

**VIELFALT
ALS CHANCE FÜR
PARTEIEN**

DEUTSCHLAND IST VIELFÄLTIG – DIE PARTEIEN LEIDER (NOCH) NICHT

Jede vierte Person in Deutschland hat einen sog. Migrationshintergrund. Dieses Potential für die politische Parteilandschaft zu nutzen, ist essentiell für eine demokratische und legitime politische Vertretung.

Im Kontext der letzten Bundestagswahl warben die Parteien mit ihrer sozialen Vielfalt und wiesen dennoch einen starken Bias zur Bevölkerung auf. Wenn die reale Bevölkerungsstruktur Deutschlands anerkannt und nicht nur Politik für die sog. Mehrheitsgesellschaft gemacht würde, wäre politische Teilhabe durch die Stärkung demokratischer Strukturen in allen Teilen der Gesellschaft möglich. Dieses Potential mitzudenken und zu fördern ist Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur Parteien, die das ernst nehmen, können glaubwürdig die Interessen aller Gesellschaftsschichten vertreten. Dies war in jüngster Vergangenheit bei Parteien zu beobachten, die sich für demokratische Positionen entschieden, sich von rechten Inhalten distanzieren und in der Folge wiedergewählt wurden.

VIELFALT, (MANGELNDE) REPRÄSENTATION UND CHANCEN

Parteien stellen das Fundament einer repräsentativen Demokratie dar, indem ihre Mandatsträger:innen die Umsetzung von Willensbildungsprozessen sicherstellen.

In der freien Wirtschaft ist die Studienlage eindeutig: Vielfalt fördert Umsatz! Mehr Menschen können sich mit Produkten, Dienstleistungen etc. identifizieren, wenn diese in vielfältigen Teams für eine vielfältige Kundschaft entwickelt worden sind. Vielfältige Repräsentation lässt auch die Parteienzustimmung wachsen und stärkt die Glaubwürdigkeit (Scarrow 1994: 47). Auch zeigen Studien in den Politik- und Sozialwissenschaften, dass Diversität zu einer besseren Ausgangsposition führt: effektivere Problemlösungen, Kreativität und Produktivität sind die Folge (Mershon / Walsh 2016: 463).

VIELFALTSORIENTIERUNG FÜR INKLUSIVERE STRUKTUREN

Politisches Engagement lebt von einer starken Zivilgesellschaft. Jahrzehntlange Ausgrenzungserfahrungen von Teilen der Zivilgesellschaft sägen hingegen an der Glaubwürdigkeit von Politik und Demokratie. Es bräuchte mehr niedrig-

schwellige Zugänge zu Fördertöpfen für lokales Engagement von muslimischen und migrantischen Menschen zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Denn strukturelle Förderungen und Demokratieprojekte müssen auch den marginalisierten Teilen der Gesellschaft zugänglich sein.

Veraltete Strukturen und homogene Parteizusammensetzungen verschließen den Zugang und die Teilhabe marginalisierter Gruppen. So wird es schwierig, deren Interessen und Belange zu identifizieren. Wenn beispielsweise Parteiveranstaltungen werktags am Abend in Präsenz stattfinden, können Menschen mit Pflege- und Erziehungsaufgaben diese oftmals nicht wahrnehmen. Politik muss Lebenswelten verstehen und ihnen nahe sein. Das bedeutet auch, dass politische Veranstaltungen oder Parteitreffen auch mal in muslimischen oder migrantischen Vereinigungen durchgeführt werden könnten. Also warum nicht mal einen offenen Abend oder den politischen Aschermittwoch in einer Shishabar veranstalten?

Das erfordert Mut und Offenheit für Veränderung. Nur wer den Wandel aktiv gestaltet, kann bestehen und daran wachsen. Eine Diversität in der Parteimitgliedschaft stellt nichts weniger dar, als die Authentizität und die Legitimation von politischer Teilhabe in einer repräsentativen Demokratie.

MIT VIELFALT GEGEN RECHTS – UND FÜR SOZIALEN FRIEDEN

Mit Rechtsextremismus als größte Gefahr für unsere Demokratie stellt Inklusion von Minderheiten nicht nur Symbolpolitik dar, sondern fördert die Abwehr von Rechtsaußen. Man redet nicht mit Rechten, sondern mit denen, die von ihrer Gewalt betroffen sind. Eine Studie aus dem März 2022 bestätigt dies auch aus strategischer Sicht: Die Annäherung von Parteien aus der politischen Mitte an rechtsradikale Positionen wie beispielsweise in der Geflüchtetenpolitik führt zu keiner Schwächung rechtsradikaler Parteien, sondern zum Gegenteil: Rechte Inhalte werden durch den geführten Diskurs prominenter und Wähler:innen sind nachweislich eher gewillt, das vermeintliche „Original“ zu honorieren (Krause / Cohen / Abou – Chadi 2022). Die Demokratie braucht also Demokrat:innen und Parteien, die sich von rechts abgrenzen, statt ihre Inhalte zu imitieren.

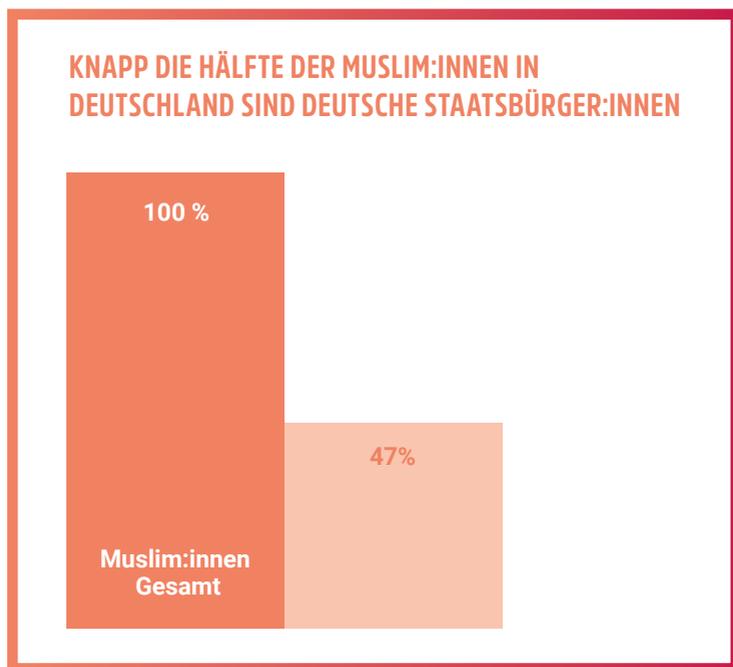
Dies umfasst den Schutz vor Rechtsextremismus aber auch vor rassistischen Strukturen wie beispielsweise auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt. Diese Dimensionen müssen mitgedacht werden. Sicherlich wird das zu Konflikten führen aber auch zur nachhaltigen Stärkung von sozialem Frieden. Angesichts der derzeitigen globalen Krisen sowie nationalen Herausforderungen (wie z.B. der demographische Wandel, Fachkräfte-

mangel, Migration, Energiewende oder die fortschreitende Armut) sind Parteien dazu aufgefordert, das Potential der gesamten Gesellschaft zu heben.

Partei zu verbessern! Seit Jahrzehnten setzen sich diese Menschen in ihrem sozialen Umfeld für die Gesellschaft und den sozialen Frieden ein. Dieses Potential in die Parteienlandschaft zu integrieren wird den demokratischen Diskurs und politische Beteiligung stärken. Ihre Partei wird es Ihnen langfristig danken. Und ein Zuwachs an Wähler:innenstimmen geht damit sicher auch einher.

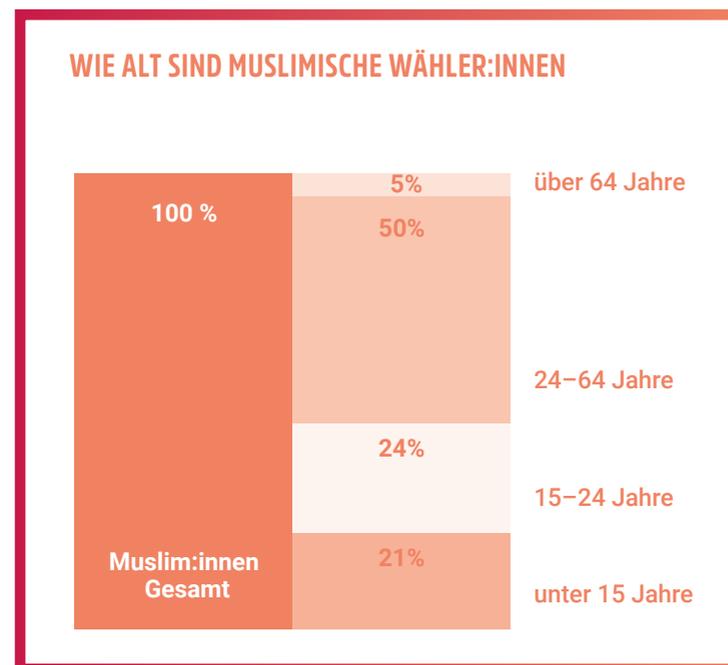
VIELFALT IST ERREICHBAR – WENN SIE SICH TRAUEN!

Trauen Sie sich die Mitwirkungsmöglichkeiten für muslimisch gelesene Menschen und andere Minderheiten in Ihrer



EINE ÜBERDURCHSCHNITTLICH JUNGE BEVÖLKERUNGSGRUPPE: 47% DER IN DEUTSCHLAND LEBENDEN MUSLIM:INNEN HABEN EINE DEUTSCHE STAATSBÜRGERSCHAFT. BEI DEN UNTER 18-JÄHRIGEN SIND ES SOGAR 68%.

AUSSERDEM: 45% DER MUSLIMISCHEN BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND SIND UNTER 24 JAHRE. EINE (ZUKÜNFTIGE) WÄHLER:INNENGRUPPE, DIE MAN NICHT IGNORIEREN KANN.



Quelle: Katrin Pfündel / Anja Stiehs / Kerstin Tanis: Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz

3

**INNERPARTEILICHE
STRUKTUREN UND
ERFAHRUNGEN
VON MUSLIMISCH
GELESENEN
POLITIKER:INNEN**

Parteien sind Mittelpunkt politischer Organisation und verbinden Menschen mit den gleichen politischen Überzeugungen. Sie arbeiten daran, die Gesellschaft zu repräsentieren und den Wähler:innenwillen umzusetzen. Die Repräsentation, wie wir sie aktuell erleben, lässt migrantisierte und muslimische Lebensrealitäten außen vor. Es stellt sich die Frage, wie sich dies erklären lässt. In unzähligen Austauschrunden im Safer Space mit jungen Menschen, die versuchen (oder versucht haben) es in politischen Parteien zu schaffen sowie in vertrauensvollen Gesprächen mit Politiker:innen und Abgeordneten aus Bund und Ländern haben wir Erfahrungen aus erster Hand gesammelt, die die Herausforderungen und Potenziale für muslimisch gelesene Menschen in der Politik

betreffen. Wie ein roter Faden ziehen sich vor allem zwei Motive durch diese Berichte: **Die Erfahrung, dass man als muslimisch gelesene Person einer ständigen Skepsis ausgesetzt ist und die Sorge vor negativen Konsequenzen, wenn man sich als bekennend oder praktizierend muslimisch offenbart.**

Sie können mit diesen Beschreibungen nichts anfangen? Vielleicht helfen dann diese Erfahrungsberichte, die exemplarisch für bisher kaum beachtete Gefühlswelten von muslimischen und migrantischen Personen stehen, die versuchen, sich im etablierten Politikbetrieb zu behaupten – und zwar ohne dabei die eigene Identität aufgeben zu müssen.

UNPASSENDE UND ÜBERGRIFFIGE FRAGEN UND VORURTEILE

- „Ich wurde im Wahlkampf andauernd gefragt, ob meine Frau ein Kopftuch trägt? Ich habe diese Frage bewusst nie beantwortet und lediglich erklärt wie unpassend sie eigentlich ist.“
- „Ah, du bist ja Moslem. Dann musst du dich ja politisch engagieren!“

THEMENWAHL FÜR DIE MUSLIMISCH GELESENE MENSCHEN

- „Aufgrund meines Namens sollte ich migrationspolitische Sprecherin werden! Aber ganz ehrlich: da hab ich mich geweigert!“
- „Ich wollte aber auch nicht nur auf mein Muslimsein reduziert werden – geschweige denn die ganze Zeit zu Saudi-Arabien befragt werden!“

VORGESPIELTE DIVERSITÄT

- „Es besteht eine große Diskrepanz zwischen der Forderung ‚wir brauchen mehr Migranten in unserer Partei‘, und dem wirklichen Interesse an den Lebensrealitäten dieser Menschen.“
- „Ohne die Unterstützung von alten Funktionären gibt es keine Aufstiegschancen. Und häufig geht es bei der Unterstützung gar nicht um die politischen Fähigkeiten. Das ist ‚vorgespülte Diversity‘! Entscheidungen wer was wird (und wer nicht) sind noch immer total abhängig von weißen Gatekeepern!“

ALLTAGSREALITÄT: ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

- „Die Angst diskriminiert zu werden war ständig präsent.“
- „Also ich hab schlechte Erfahrungen gemacht mit der Erwähnung meiner Religionszugehörigkeit. Jetzt behalte ich es lieber für mich, dass ich muslimisch bin – aus Selbstschutz und auch aus Sorge vor Sanktionen.“
- „Anfeindungen gegenüber Muslimen werden noch immer als belanglos empfunden. Es fehlt an Haltung und Entschlossenheit dagegen vorzugehen.“
- „Es ist absurd, dass man nicht einfach sagen kann: ‚Ich bin Muslim!‘ oder ‚Ich will mich gegen antimuslimischen Rassismus engagieren!‘“

WIR-UND-IHR-DICHOTOMIEN

- „Also bei uns dürfen Frauen aber ihre Meinung haben und sagen was sie wollen!“
- „Während ein gut einflussreiches Parteimitglied den Ruf als ‚Vernetzungstalent‘ bekommt – wird ein muslimisch gelesenes Parteimitglied, das ebenfalls gut vernetzt ist, hinter vorgehaltener Hand als ‚Gebrauchswagenmafiaboss‘ tituliert.“

4

FORDERUNGEN

1 GRÜNDUNG VON ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND ARBEITSKREISEN, DIE SICH MIT MUSLIMISCHEN UND MIGRANTISCHEN LEBENSREALITÄTEN BESCHÄFTIGEN

Für die Schaffung einer inklusiven parteipolitischen Landschaft bedarf es der Abschaffung von strukturellen Hindernissen, durch die keine wahrhafte Teilhabe für Muslim:innen gelingen kann. Prinzipiell genügt es nicht, eine einmalige Aktion durchzuführen, die im Laufe der Zeit in Vergessenheit gerät. Für eine nachhaltige Parteiführung, bei der Muslim:innen keine ausgrenzenden Erfahrungen erleben, sollten förderliche Strukturen geschaffen werden. Dazu gehört die Gründung von Arbeitskreisen oder Arbeitsgemeinschaften auf diversen Ebenen, die sich für die Bekämpfung von Diskriminierung und für die Förderung von Inklusion einsetzen. Diese Arbeitskreise könnten dann auch die Aufgabe übernehmen, das gesammelte Wissen an andere Parteimitglieder zu vermitteln (siehe Forderung 7).

2 ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLEN INNERHALB DER PARTEIEN

Mit demselben Ziel könnte eine weitere Stelle geschaffen werden, die sich dafür einsetzt, dass inklusive Strukturen entstehen und Diskriminierungen mithilfe von Maßnahmen entgegengewirkt wird. Beispielsweise könnte eine Person als vielfaltspolitische:r Sprecher:in im Bundesvorstand ernannt werden, die sich dieser Aufgabe annimmt.

3 OMBUDSSTELLE/BESCHWERDESTELLE

Darüber hinaus wäre es sicherlich wertvoll, eine Ombudsstelle/Beschwerdestelle zu errichten. Diese Stelle könnte mit konkreten Handlungen diverse Hilfestellungen leisten. Es wäre dabei sinnvoll, wenn diese Stelle in der Bundesgeschäftsstelle verortet wäre.

4 MENTORINGPROGRAMME

Um eine wahrhafte Teilhabe von Muslim:innen zu ermöglichen, reicht es im jetzigen Stadium nicht aus, nur die Bekämpfung von Diskriminierung voranzutreiben. Es bedarf auch der Förderung von muslimischen Personen, um Chancenungleichheiten zu verringern. Eine konkrete Methode könnte die Einführung eines Mentoringprogrammes sein, bei dem jungen Muslim:innen erfahrenere Mentor:innen unterstützend zur Seite stehen. Ziel könnte es sein, Vorbilder zu schaffen, weil diese sowohl für Gesellschaft als auch für das parteipolitische Engagement bedeutsam sind.

5 VIELFALTSQUOTE

Eine Vielfaltsquote könnte eine Möglichkeit darstellen, mit der innerparteiliche Vielfalt gefördert wird. Insbesondere in politischen Milieus ist es sehr schwer ohne gewisse Verordnungen oder Quoten einen Wandel zu erzielen. Zumindest könnte ein Statut ausgearbeitet werden, mit dem gezielt die Stärkung von muslimischen und muslimisch gelesenen Menschen im Fokus steht.

6 ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS ALS DISKRIMINIERUNGSFORM STETS AUFFÜHREN

Um antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen, muss dieser zunächst überhaupt erst aufgeführt werden. Häufig wird antimuslimischer Rassismus bei Auflistungen von Diskriminierungsformen beispielsweise in Wahlprogrammen allerdings gar nicht erst erwähnt. Das ist fatal, weil ein erheblicher Anteil der Bevölkerung in Deutschland davon betroffen ist.

7 BILDUNGSARBEIT FÜR PARTEIMITGLIEDER ZU MUSLIMISCHEN UND MIGRANTISCHEN LEBENSREALITÄTEN

Für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus ist es wichtig, Bildungsangebote für Parteimitglieder zur Verfügung zu stellen, damit diese sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zumindest sensibilisiert sind. Hier ist es sinnvoll, auf zivilgesellschaftliche Expertise zurückzugreifen. Gleichzeitig könnten Empowermentstrategien für muslimische Personen innerhalb der Partei ausgearbeitet werden, damit die Partizipation dieser gefördert werden kann. → Dies sollte speziell für Sitzungsführer:innen auf allen Ebenen gelten.

8 BEREITSTELLUNG VON FINANZIELLEN RESSOURCEN

Klar ist, dass der Aufbau von diskriminierungssensiblen Strukturen neben zeitlichen auch finanzielle Ressourcen benötigt. Daher ist es notwendig, dass entsprechende Gelder und Förderstrukturen bereitgestellt werden. Die Mittel sollten zweckgebunden für den Aufbau der entsprechenden Stellen, Programme, Arbeitskreise, Bildungsangebote und Vernetzungstreffen sowie zur Organisation und für Honorare verwendet werden.

9 BEACHTUNG VON MUSLIMISCHEN FEIERTAGEN

Im parteipolitischen Geschehen gibt es diverse Treffen, die für ein funktionales Engagement essentiell sind. Bei der Terminfindung werden die Bedürfnisse von muslimischen und migrantischen Personen öfters nicht berücksichtigt, wodurch diese Menschen Benachteiligungen erleiden. Dieser Sachstand wird von Betroffenen auch als ungerecht betrachtet, weil christliche Feiertage automatisch ausreichende Beachtung finden. An Weihnachten gibt es beispielsweise keine Treffen, damit Christ:innen diese Zeit ohne Arbeit verbringen können. Das ist ein schöner Sachstand, den sich auch viele Muslim:innen an islamischen Feiertagen wünschen würden.

Konkret geht es zum Beispiel um das Zucker- und Opferfest aber auch um Newroz oder das Ashura Fest, an denen muslimisch gelesene Menschen üblicherweise nicht an Veranstaltungen teilnehmen können und wollen. Außerdem können Muslim:innen an Ramadan gewöhnlich nicht an Abendveranstaltungen teilnehmen, weil sie das Fasten brechen möchten.

10 DISKRIMINIERUNGSENSIBLE SPRACHE

Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, dass eine diskriminierungssensible Sprache den parteipolitischen Tenor ausmacht. Gegebenenfalls kann Sprache einen ausgrenzenden Charakter haben, wobei vor allem muslimisch gelesene Menschen öfters als fremdartig konnotiert werden. Dafür könnten beispielweise auch Workshops für Mitglieder konzipiert werden. Diese Workshops sollten speziell für Sitzungsführer:innen auf allen Ebenen angeboten werden.

IMPRESSUM

Herausgeber Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD)
Obentrautstraße 72, 10963 Berlin
www.tgd.de info@tgd.de

Autor:innen Atahan Demirel, Zahed Helmand, Scharjil Khalid, Erdal Tekin, Merve Yumurtaci
Mitarbeit Dislo Benjamin Harter, Leyla Akpınar
Redaktion Emeti Alisch, Amir Alexander Fahim, Sevinç Kuzuoğlu
Gestaltung Anna Busdiecker, www.annabusdiecker.com

Stand 2022
V.I.S.D.P. Gökay Sofuoğlu, Aslıhan Yeşilkaya

© Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.

Die in dieser Broschüre geäußerten Meinungen und Darstellungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. wider. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.



Türkische Gemeinde in Deutschland
Almanya Türk Toplum



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der fördernden Stellen dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

www.mgvielfalt.de

